

**Marco Bülow**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Bürgerbüro Dortmund  
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund  
☎ (0231) 4766990  
📠 (0231) 4766991  
✉ marco.buelow@bundestag.de

Berlin, 14. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

### **Mindestlohn ist unabdingbar, Gerechter Lohn für gute Arbeit.**

Zu der Diskussion um Mindestlöhne erklärt der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow:

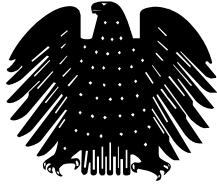
„Ich halte einen Mindestlohn für unabdingbar. Ab 2009 können ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der so genannten Freizügigkeit ihre Arbeitskraft billig in Deutschland anbieten. Wir brauchen deshalb Mindeststandards, um die Dortmunder Handwerksbetriebe und Beschäftigten zu schützen.

Nächste Woche ist das Treffen der Koalitionsspitzen, bei dem das Thema Mindestlöhne abschließend beraten werden soll. Ich fordere die Union eindringlich auf, vor der Blockade des Mindestlohns abzurücken. Beim Thema Mindestlohn braucht es dringend eine Entscheidung in der Sache. Die SPD hat ihren Wählern, zum Beispiel mit der Rente 67 viel zugemutet. Die Union muss in der großen Koalition jetzt auch einmal über ihren Schatten springen.

Die Entwicklung auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt ist, wenn man sich die Statistiken ansieht, positiv. Die Zahlen können aber auch täuschen. Es gibt genügend Menschen in Dortmund, die den ganzen Tag arbeiten und trotzdem sich und ihre Familien nicht vom erarbeiteten Lohn ernähren können, zum Beispiel in der Leiharbeit. Stundenlöhne von drei bis vier Euro sind inzwischen keine Seltenheit mehr. Mittlerweile arbeiten mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte bundesweit in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen. Das wäre ein wackliger Fortschritt auf dem Arbeitsmarkt. Niedriglöhne sind aus meiner Sicht kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

Menschen, die einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Unsere europäischen

**PRESSMITTEILUNG**



**Marco Bülow**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Bürgerbüro Dortmund  
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund  
☎ (0231) 4766990  
📠 (0231) 4766991  
✉ marco.buelow@bundestag.de

Berlin, 14. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

Nachbarn haben gute Erfahrungen gemacht. In 20 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Auch die Unternehmen profitieren, wie das Beispiel Großbritannien zeigt: Dort gab es - trotz gestiegener Mindestlöhne - nicht mehr Arbeitslose. Der Wettbewerb wird dort immer weniger über Lohndumping und Schmutzkonkurrenz entschieden.

Die SPD will tarifvertragliche Lösungen. Mittlerweile erhalten nur 68 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent in Ostdeutschland tariflich vereinbarte Löhne. Deswegen ist es jetzt umso wichtiger, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten. Damit sollen branchenbezogene Mindestlöhne, für alle Branchen oder bei der Leiharbeit Einzug halten. Einen besonders dringenden Handlungsbedarf gibt es zum Beispiel in der Fleischwirtschaft, Entsorgungswirtschaft, Hotel und Gaststätten, Frisörhandwerk, Bewachungsgewerbe, Einzelhandel, Leiharbeit und Postdienste. In diesen Branchen wäre das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ein sinnvolles Instrument gegen Dumpinglöhne.

Durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz werden jedoch nicht alle Bereiche erreicht. Dieses Gesetz nur in ein paar Branchen anzuwenden, wäre aus meiner Sicht auch ein fauler Kompromiss. In Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder Tariflöhne ein Mindestniveau unterschreiten, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientieren muss. Voraussetzung dafür wäre ein bundesweiter Tarifvertrag. Viele Branchen haben dafür keine geeignete Tarifstruktur. Leider fehlt in vielen Bereichen auch der Wille der Arbeitgeber, verbindliche Mindestlohntarifverträge abzuschließen. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist daher meiner Meinung nach die einzige Lösung, um Armutslöhne zu verhindern.“

**PRESSMITTEILUNG**